

Substanzielles Protokoll 87. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. November 2011, 20.30 Uhr bis 23.10 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Marc Bourgeois (FDP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Ruggero Tomazzoli (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Richard Wolff (AL)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | | |
| 15. | 2011/222 | A/P | Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 22.06.2011: Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie | VTE |
| 16. | 2011/125 | A | Dringliches Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Martin Luchsinger (GLP) vom 13.04.2011: Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus | VTE |
| 17. | 2011/205 | E A/P | Dringliche Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 08.06.2011: Verordnung über die Volksschule, Schaffung einer zentralen Stelle zur Koordination der Nutzung der Turnhallen und schulischen Sportanlagen | VSS |
| 18. | 2011/317 | A | Dringliches Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Marianne Aubert (SP) vom 31.08.2011: Umbau Badi Oberer Letten, Verzicht auf das Einrichten von gemischten Garderoben | VSS |
| 19. | 2008/493 | A | Postulat von Christian Wenger (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 29.10.2008: Schul- und Schwimmunterricht, Dispensation aus religiösen Gründen | VSS |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 20. | 2009/165 | E/A | Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Bruno Sidler (SVP) vom 06.05.2009: Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsstrukturen im Volksschulwesen | VSS |
| 21. | 2009/272 | E/A | Postulat von Rolf Stucker (SVP) und Bruno Wohler (SVP), vertreten durch Martin Bürlimann (SVP) vom 17.06.2009: Einflussnahme bezüglich Ansetzung von Hochrisikospiele im Letzigrund | VSS |
| 22. | 2009/304 | E/A | Postulat von Myriam Barzotto (SP), vertreten durch Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 01.07.2009: Flächendeckendes Angebot einer Mittagsbetreuung in jeder Schuleinheit mit Oberstufe | VSS |
| 23. | 2009/321 | E/A | Postulat von Christine Seidler (SP) und Heinz Jacobi (SP) vom 01.07.2009: Kampagne zur vermehrten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln im Bereich „Sportliche Aktivitäten und Veranstaltungen“ | VSS |
| 24. | 2009/467 | A/P | Motion von Dr. Esther Straub (SP) und Christine Stokar Gasser (SP) vom 21.10.2009: Klassenmusizieren, Ausdehnung auf sämtliche Schulkreise | VSS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1910. 2011/222

**Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 22.06.2011:
Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 86, Protokoll-Nr. 1910/2011).

Weitere Wortmeldungen:

Simon Kälin (Grüne): *Bereits vor Eröffnung der Durchmesserlinie sind zum Beispiel am Bahnhof Altstetten die Kapazitäten durch den stetigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den letzten Jahren zu Stosszeiten für den Fussgänger zu knapp. Die vorliegende Motion ist wichtig und widerspiegelt keine Ideologien, sondern entspricht dem übergeordne-*

ten Ziel der 2000-Watt-/1-Tonne-CO₂-Gesellschaft. Dieses Ziel wurde von den Stimmberechtigten deutlich befürwortet. Wollen wir das Ziel ernst nehmen, müssen wir die Motion unterstützen.

Roger Liebi (SVP): Die Slalomläufe im Bereich Verkehr sind erstaunlich. Bahnhöfe sollen ausgebaut werden, der Flughafen Zürich wiederum nicht. Der einzige ausgewiesene Spezialist im Rat ist der Verkehrsingenieur Roland Scheck (SVP) und wir sollten seinen Voten Glauben schenken. Ich bitte Sie, die Motion und das Postulat abzulehnen.

Gian von Planta (GLP): Der in der Motion enthaltene Satz "dass dafür auch Parkplätze aufgehoben werden können" hängt nicht mit dem Historischen Parkplatzkompromiss zusammen. Beim Hauptbahnhof Zürich beispielsweise würde der Kompromiss nicht verletzt. Der Hauptbahnhof grenzt nicht nur an den Kreis 1 und es gäbe an diesem Standort einige Varianten, Parkplätze aufzuheben und zu versetzen.

Mauro Tuena (SVP): Die Verlegung von Parkplätzen im Gebiet der Löwenstrasse ist nicht realistisch. Zahlreiche Einwohner kaufen oft in der Stadt ein, würden bei einer Verlegung der Parkplätze dann allerdings auf andere Einkaufsgebiete wie zum Beispiel das Glattzentrum ausweichen, was wiederum negative Auswirkungen auf das städtische Gewerbe zur Folge hätte.

Andrew Katumba (SP) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 68 gegen 49 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1917. 2011/205

Dringliche Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 08.06.2011:

Verordnung über die Volksschule, Schaffung einer zentralen Stelle zur Koordination der Nutzung der Turnhallen und schulischen Sportanlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Dr. Urs Egger (FDP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1417/2011): Die Turnhallen sollen in Ergänzung zu anderen Sportanlagen so genutzt werden, dass sich der Jugendsport und der Sport allgemein optimal entwickeln können. Die Situation in den Schulkreisen wurde analysiert. Es gibt unterschiedliche Lösungen in den einzelnen Kreisen bezüglich der Nutzung der Turnhallen ausserhalb des Schulbetriebes. Die Schulpräsidenten und -präsidentinnen sind nicht grundsätzlich gegen die Motion. Sie würden sie als Postulat akzeptieren. Nach meinem Eindruck wurde jedoch der Text der Motion nicht genau gelesen: Es geht um die Vereine in den einzelnen Quartieren. Die Bedürfnisse der Schulen werden nicht in Frage gestellt. Die Rede ist lediglich von einer zentralen Stelle zur Koordination, nicht von einer zentralen Vermietung. Der Standort dieser zentralen Stelle ist in der Motion nicht explizit definiert. Es geht einerseits um die Wahrnehmung der Bedürfnisse der Quartiere und andererseits um eine Politik, die den verschiedenen Sportvereinen eine optimierte Nutzung der Turnhallen erlaubt. Dies ist die Absicht der Motion. Sie wird von allen Parteien im Rat unterstützt und ich empfehle Ihnen, die Motion einstimmig zu überweisen.

Urs Berger (Präsident der Kreisschulpflege Waidberg) begründet den von der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz gemäss Art. 95 Abs. 1 lit. c GO gestellten Ablehnungsantrag und beantragt die Umwandlung in ein Postulat:

Das Problem, dass besonders im Winterhalbjahr zu wenig Turnhallen vorhanden sind, ist durch die Motion nicht zu lösen. Eine zentrale Koordinationsstelle ist mit erheblichen Nachteilen verbunden. Bei an bestimmte Sportarten vermieteten Zwei- oder Dreifachturnhallen macht eine zentrale Koordination durchaus Sinn. In kleinen Turnhallen kann die heutige Belegungsdichte bei einer zentralen Verwaltung jedoch nicht mehr erreicht werden. Ein weiterer Punkt: Bisher wurden lokale Vereine und Gruppierungen bevorzugt behandelt. Neu soll gemäss Motion der organisierte Jugendsport prioritär behandelt werden. Gewisse Gruppierungen werden so verdrängt. Die Quartierbezogenheit muss jedoch nach wie vor hochgehalten werden und die Entscheide müssen vor Ort gefällt werden. Die Schulen sollen auch ein Treffpunkt für die Menschen aus dem Quartier sein. Die Situation ist für Vereine nicht einfach und wir werden uns dafür einsetzen, weitere Lösungen zu finden. Dieser Weg ist zu bevorzugen. Wir beantragen Ihnen deshalb, das Anliegen nicht als Motion, sondern in Form eines Postulats zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Schwendener (SVP): *Mir sind einige negative Beispiele bekannt. Die Schulpräsidien waren häufig überfordert mit der Situation und die Räume wurden nicht sachgemäss verteilt. Wir brauchen eine Koordinationsstelle, die für eine korrekte Umsetzung sorgt und werden deshalb die Motion unterstützen.*

Marianne Dubs Früh (SP): *Die SP unterstützt die Motion ebenfalls. Wir sind punktuell mit den von Urs Berger vorgebrachten Einwänden einverstanden, doch die moderne Technik kann Koordinationsprobleme mindern und lösen. Der Stadtrat wird mit Sicherheit eine gute und ausgewogene Lösung finden.*

Urs Berger, Präsident der Kreisschulpflege Waidberg: *Ich bitte Sie, uns negative Erlebnisse immer zu melden. Auch wir wollen die Hallen möglichst dicht belegen und denjenigen Gruppierungen Vorrang geben, die sie am dringendsten benötigen. Die Motion tendiert jedoch dazu, mehr neue Probleme zu schaffen als bestehende zu lösen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion als Postulat zu überweisen.*

Thomas Schwendener (SVP): *Ich muss Herrn Urs Berger widersprechen. In einem mir bekannten Fall wurde eine Halle um 20 Uhr während zwei Stunden von sechs Personen belegt. Die Anzahl Personen wurde sogar noch verfälscht angegeben. Trotz Meldung trat keine Änderung ein. Solche Vorfälle dürfen nicht toleriert werden und die Koordination der Belegung sollte nicht Aufgabe der Schulpflege sein. Mit den heutigen technischen Mitteln wäre es durchaus möglich, die Belegung besser zu koordinieren.*

Dr. Urs Egger (FDP) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 101 gegen 8 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1918. 2011/125

Dringliches Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Martin Luchsinger (GLP) vom 13.04.2011:

Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Martin Luchsinger (GLP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1252/2011): Zahlreiche Plätze in Zürich, so auch der Heimplatz, sind durch Strassen und den öffentlichen Verkehr belegt. Das Siegerprojekt von David Chipperfield hätte den Platz deutlich aufgewertet, im finalisierten Entwurf fehlt nun jedoch diese Dimension. Damit wird eine Chance verpasst, im kulturellen Herzen Zürichs einen Platz zu schaffen, der seinen Namen verdient hat. Der Vorschlag wäre auch im Zusammenhang mit der Erweiterung des Kunsthauses und der zusätzlichen Besucheranzahl unbedingt zu prüfen. Der Stadtrat lehnt die Entgegennahme unseres Vorschlages ab, dieser ist jedoch eine Überprüfung und spätere Umsetzung wert. Diese Meinung wird auch von Verkehrsplanern geteilt. Damit ein Platz entstehen kann, braucht es eine Änderung des Verkehrsflusses. Auf den verbleibenden Strassen rund um das Kunsthaus soll deshalb ein Kreisverkehr entstehen und die Autos würden via Hirschengraben und Rämistrasse in den Zeltweg gelangen. Es ist nicht zwingend die perfekte Lösung. Bei einer Überprüfung sind alternative Lösungsvorschläge des Tiefbauamtes deshalb willkommen. Schaffen wir heute die Grundlage für einen Begegnungsort im kulturellen Herzen von Zürich.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Ruth Genner:** Der Stadtrat befürwortet grundsätzlich einen verkehrsbefreiten Heimplatz. Das Siegerprojekt hat dazu einen bestechenden Vorschlag. Die Postulanten fordern eine Sperrung des Heimplatzes und die Schaffung eines grossräumigen Kreisverkehrs. Gemäss Prüfungen und Simulationen des Tiefbauamtes würde die vorgeschlagene Massnahme die Überlastung der Verkehrsknoten jedoch enorm verstärken. Zudem würde die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs nach diesem Modell des Kreisverkehrs nicht funktionieren. Der Vorschlag ist so nicht umsetzbar. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

***Markus Knauss (Grüne):** Ich teile die Bedenken von Stadträtin Ruth Genner zu einem gewissen Grad und bin nicht überzeugt von der Umsetzbarkeit der von der GLP vorgeschlagenen Lösung. Doch wir unterstützen die Prüfung dieses Anliegens und hoffen, dass das Tiefbauamt in einem zweiten Anlauf und mit etwas gutem Willen auch von Seiten des Kantons eine gute Lösung findet. Das Kunsthaus ist auch ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Angebots im Kanton und der Platz kann mit einer solchen Lösung nur gewinnen.*

***Mario Mariani (CVP):** Die CVP spricht sich grundsätzlich für eine Aufwertung des Platzes aus. Die Kreativität wird jedoch mit der Ablehnung des Postulats nicht verschwinden. Der Stadtrat wird im Zusammenhang mit dem Kunsthaus eine Weisung bringen, die auch eine sinnvolle und umsetzbare Lösung für die Aufwertung des Heimplatzes beinhaltet. Wir vertrauen dem Stadtrat und empfehlen die Ablehnung des Postulats.*

Michael Baumer (FDP): Der Heimplatz wurde bereits bei der Kunsthaus-Weisung in der Kommission intensiv diskutiert. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Situation nicht befriedigend ist. Allerdings wurde auch festgestellt, dass die zwei Bereiche Kunsthaus-erweiterung und Platzgestaltung getrennt behandelt werden müssen. Schon damals war klar: Eine Änderung der Verkehrsführung am Heimplatz ist sehr komplex und eine Umsetzung würde eine Verzögerung für den Kunsthaus-Neubau nach sich ziehen. Die Kunsthaus-erweiterung und die Platzgestaltung müssen deshalb in verschiedenen Zeitfenstern umgesetzt werden. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die SP unterstützt das Postulat. Der Zeitpunkt stimmt und der Vorschlag hat eine zweite Chance verdient. Wir unterstützen nicht zwingend den Vorschlag an sich, sondern die Aufforderung, das Anliegen nochmals mit der nötigen Kreativität zu prüfen. Stichwort Verkehrskollaps: Ich benutze die betreffende Strecke täglich und der Verkehr am Heimplatz ist tatsächlich überlastet. Es wäre wünschenswert, dass durch eine erneute Prüfung des Anliegens auch für alle Verkehrsteilnehmer eine bessere Situation geschaffen wird.

Roland Scheck (SVP): Die SVP wird das Postulat nicht unterstützen. Der Vorschlag kappt eine Hauptverkehrsachse und vermindert die Kapazität des gesamten städtischen Verkehrssystems. Ein Kreisverkehr hätte durch sein Einbahnprinzip eine zusätzliche Abwertung des Strassennetzes zur Folge. Diese Art von Verkehrspolitik setzt der Stadt bereits heute enorm zu.

Walter Angst (AL): Beim Kunsthaus stellt sich folgende Frage: Ist es möglich, neben dem investitionsintensiven Bau auch noch etwas Sinnvolles für die öffentliche Nutzung des Platzes und der Umgebung zu tun? Die Diskussion über die Kunsthausinvestitionen ist erst dann möglich, wenn die Verkehrssituation gelöst ist. Deshalb werden wir das Postulat überweisen.

Martin Luchsinger (GLP): Das Ziel des Postulats ist die Prüfung der Situation und der Aufwertung; es sollen dem Departement Tiefbau weitere Ideen gebracht werden. Der Gestaltungswille der Stadt Zürich darf nicht aufgegeben und die Kompetenzen dürfen nicht dem Kanton überlassen werden. Im Postulat ist nicht die Rede von einer zeitgleichen Behandlung von Kunsthaus-erweiterung und Platzgestaltung. Es geht lediglich darum, das Projekt auf eine mögliche Platzgestaltung zu prüfen.

Hans Jörg Käppeli (SP): Beim Heimplatz bestand schon früher Handlungsbedarf. Ich habe mich immer für eine Aufwertung eingesetzt. Der Vorstoss geht in die richtige Richtung. Eine Überweisung des Postulats ermöglicht das Überdenken und Suchen verschiedener Lösungen zu dieser Situation.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) ist erstaunt, dass sich die GLP so wenig für den privaten Verkehr einsetzt. Er vermutet zu wenig klare Informationen vor Verkehrsabstimmungen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die EVP bekennt sich verkehrstechnisch zur Hauptverkehrsachse. Die Verkehrsführung wurde im Zusammenhang mit der Erweiterung des Kunsthauses bereits geprüft. Das Postulat ist naiv, denn der Platz ist nicht unattraktiv und eine gewisse Menge an Verkehr gehört zum Stadtleben. Es ist nicht ersichtlich, wo hier noch neue Lösungen gefunden werden könnten.

Das Dringliche Postulat wird mit 68 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1919. 2011/317

Dringliches Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Marianne Aubert (SP) vom 31.08.2011:

Umbau Badi Oberer Letten, Verzicht auf das Einrichten von gemischten Garderoben

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Monika Erfigen (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1685/2011): Die Stadt Zürich plant zu teuer und an den Interessen der Benutzer vorbei. Die Badi Oberer Letten ist ein Paradebeispiel dafür. Es gibt keinen vernünftigen Grund, gemischte Garderoben herkömmlichen vorzuziehen: Gemischte Garderoben haben nur Nachteile. Kinder ziehen sich nicht gerne in kleinen, geschlossenen Garderoben um und suchen sich alternativ lieber andere Orte. Dort sind sie überhaupt nicht geschützt vor Pädophilen aller Art. In anderen Badeanlagen wird mit allen Mitteln gegen diese üblen Tatsachen gekämpft. Der Stadtrat sollte vermehrt den gesunden Menschenverstand walten lassen. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

***STR Gerold Lauber:** Bei einer gemischten Garderobe beziehungsweise Familiengarderobe wird die Kapazität pro Quadratmeter erhöht, es entsteht mehr Platz für die Benutzer. Es werden deutlich weniger Umkleidekabinen gebraucht, was wiederum eine Senkung der Infrastrukturkosten zur Folge hat. Die Sicherheit würde sogar erhöht, da die Garderoben sich ganz in der Nähe des Dienstgebäudes befinden und durch die höhere Kapazität pro Quadratmeter auch eine bessere soziale Kontrolle möglich wäre. In anderen Bädern haben wir mit gemischten Garderoben jahrelang sehr gute Erfahrungen gemacht, ohne je Reklamationen zu erhalten. Der Kredit wurde zudem bereits bewilligt. Es wäre nicht sinnvoll, den Bau zu diesem Zeitpunkt zu stoppen. Der Stadtrat empfiehlt das Postulat deshalb zur Ablehnung.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marianne Aubert (SP):** Die SP unterstützt das Postulat, jedoch aus anderen als den von Monika Erfigen (SVP) genannten Gründen. In der weiblichen Bevölkerung besteht der Wunsch nach getrennten Garderoben. Es bestehen Zweifel, dass die Sicherheit mit gemischten Garderoben steigt. Über die Grösse der separaten Garderoben hingegen könnte man diskutieren. Das Postulat soll auch ein Umdenken signalisieren für die künftige Planung: Gemischte Garderoben sollten nicht mehr in die Planung aufgenommen werden.*

***Alecs Recher (AL):** Die AL hat sich von Beginn an zusammen mit dem Quartier gegen einen Umbau in diesem Ausmass gewehrt. Das Postulat verlangt nach Geschlechtern getrennte Garderoben. Von der SP hätte ich ein etwas moderneres Geschlechterbild erwartet. Will man der Bevölkerung in verschiedener Hinsicht entgegenkommen, sind die Unisex-Garderoben genau der richtige Weg. Sie bieten mit ihren einzelnen abgetrennten Kabinen durchaus eine sehr grosse Privatsphäre. Auch Väter, die mit Sohn und*

Tochter in die Badi gehen, empfinden eine Familiengarderobe immer als grosse Erleichterung. Das Postulat muss abgelehnt werden.

Claudia Simon (FDP): *In vielen neuen Bädern sind gemischte Garderoben mit Einzelkabinen normal. Getrennte Garderoben wären ein Rückschritt. Uns überzeugt die Haltung des Stadtrates bezüglich Effizienz und Kostengünstigkeit. Wir lehnen das Postulat deshalb ab.*

Das Dringliche Postulat wird mit 69 gegen 48 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1920. 2008/493

Postulat von Christian Wenger (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 29.10.2008: Schul- und Schwimmunterricht, Dispensation aus religiösen Gründen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Patrick Blöchlinger (SD) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3655/2008): Es gibt immer wieder Konflikte zwischen Schulbehörden, die ein Obligatorium durchsetzen müssen, und Eltern, die für ihre Kinder eine Sonderstellung beantragen. Ein besonderer Brennpunkt ist der obligatorische Schwimmunterricht. Anhänger des Islams stossen sich daran, dass ihre Töchter zusammen mit anderen Jugendlichen ein Schwimmbad benutzen oder ihre Söhne dort leicht bekleidete Mädchen zu sehen bekommen. Der obligatorische Schwimmunterricht kann nicht mit abstrusen Begründungen umgangen werden. In der Stadt Zürich wird allerdings immer noch grosszügig auf solche Forderungen eingegangen. Es gibt auch in Klassenlagern oder auf Ausflügen verschiedene Dispensanträge und Sonderwünsche. Das ist aufgrund der Vielzahl von verschiedenen Kulturkreisen umso problematischer. Grundrechte wie die Religionsfreiheit sind eine wichtige Grundlage des demokratischen Staates, doch auch sie müssen ihre Grenzen haben. Der Missbrauch muss gestoppt werden. Dazu gehört, dass Dispensationen vom Schulunterricht einschliesslich Schwimm- und Sportunterricht, Klassenlager oder Ähnlichem nur noch in Ausnahmefällen wie hohen Feiertagen gewährt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Im Bezug auf eine Dispensation bei religiösen Feiertagen herrschen klare kantonale Richtlinien. Dass in einer multikulturellen Stadt wie Zürich Sonderwünsche gehäuft auftreten, ist der Schulpräsidentenkonferenz nicht bekannt. Der Entscheid des Bundesgerichtes, dass alle Kinder schwimmen lernen sollen, ist gut und funktioniert auch in der Praxis. Ich lehne das Postulat daher ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Wyss (Grüne): *Drei Gründe sprechen gegen das Postulat: Erstens hat das Bundesgericht entschieden, dass alle Kinder am Sportunterricht teilnehmen sollen. Das ist auch richtig so. Die anderen Situationen, die von Patrick Blöchlinger (SD) angesprochen wurden, treten in den von uns befragten Schulkreisen nicht auf und bedürfen somit auch keiner Regelung. Zweitens findet der obligatorische Schwimmunterricht in der Regel in der Primarschule statt, also vor der Pubertät. Drittens verfügen wir über Lehrper-*

sonen und Schulleitungen, die im individuellen Fall eine für beide Seiten und insbesondere für das Kind passende Lösung finden würden.

Ruth Anhorn (SVP): Die gesetzlich geregelten Gründe für die Dispensation vom Unterricht sind hohe Feiertage oder besondere Anlässe religiöser oder konfessioneller Art. Die Lehrerschaft hat Kenntnis von solchen Feiertagen oder Anlässen und gewährt auf Wunsch der Eltern eine Dispensation. Beim Schwimmunterricht hat das Bundesgericht einen Entscheid gefällt und die Bildungsdirektion hat ihre Richtlinien zu den muslimischen Schülerinnen und Schülern entsprechend geändert. Demnach gibt es keine Schulangebote, an denen muslimische Jungen und Mädchen nicht teilnehmen können. Auch der Schwimmunterricht ist für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch, eine körperbedeckende Kleidung ist jedoch erlaubt und getrenntes Duschen und Umkleiden müssen ermöglicht werden. Die SVP unterstützt das Postulat.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Als Lehrperson ist mir kein solcher Fall bekannt. Dennoch werden wir das Postulat unterstützen, und zwar zum Schutz der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz. Ein Gesetz ist vorhanden und wird entsprechend umgesetzt, doch es ist nicht in Stein gemeisselt. Werden mehr Dispense bezüglich Schwimmunterricht gesprochen, wächst der Druck in der muslimischen Bevölkerung. Irgendwann tauchen vielleicht auch Fragen auf, ob Schwimmunterricht überhaupt nötig ist oder ob Mädchen überhaupt in die Schule müssen. Wir haben ein Schulobligatorium, das für alle gilt. Selbstverständlich bin ich offen für besondere Bekleidungen, doch grundsätzlich sollten für alle die gleichen Rechte gelten. Wir möchten mit der Unterstützung des Postulats ein Zeichen setzen, dass die Dispositionspraxis nicht aufgeweicht werden soll.

Peter Küng (SP): Das Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler nicht von ganzen Unterrichtsbereichen dispensiert werden sollen, ist grundsätzlich richtig. Die Kulturvermittlung ist eine Kernaufgabe der Schule. Doch es geht um die Formulierung des Postulats: Es gibt heikle Punkte im Bezug auf Schule und Religion, wo es nicht in erster Linie nur um Muslime, sondern auch um Evangelikale geht, die seit Jahrhunderten hier anwesend sind. Wir können dem Postulat aufgrund seiner Formulierung nicht zustimmen.

Roger Liebi (SVP): Der Text im Postulat beschränkt sich nicht auf eine einzige Religion und ist klar formuliert. Mich erstaunen die Voten der verschiedenen Parteien, insbesondere diejenigen von Thomas Wyss (Grüne) und Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP). Wären nicht verschiedenste Fälle vorgekommen, hätte es kaum ein Bundesgerichtsurteil gegeben zur Dispensation vom Schwimmunterricht. Viele Lehrpersonen haben die Kinder wohl auch ohne Dispensation vom Schwimmunterricht befreit. Es ist richtig, dass sich alle gleich verhalten müssen, denn das ist auch eine Form der Integration. Das Postulat stützt das Bundesgericht und die Integration und sollte deshalb angenommen werden.

Das Postulat wird mit 27 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1921. 2009/165

Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Bruno Sidler (SVP) vom 06.05.2009: Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsstrukturen im Volksschulwesen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements

namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4345/2009): *In den vergangenen Jahren gab es wiederholt Vorstösse von verschiedensten Parteien bezüglich einer Reorganisation der Schulbehörde. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Schulvorsteher haben nicht einmal Weisungsbefugnis, die Schulpräsidenten hingegen freie Hand. Wir fordern einen Bericht, der Wege zur Reorganisation aufzeigt. Bitte unterstützen Sie diesen Vorstoss.*

Christina Hug (Grüne) begründet den von Daniel Leupi (Grüne) namens der Grünen-Fraktion am 27. Mai 2009 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Grünen lehnen das Postulat ab. Ein Bericht, wie er im Postulat gefordert wird, liegt bereits vor. Ende 2009 wurde eine Organisationsanalyse der Behörden und Verwaltung im Volksschulwesen der Stadt Zürich in Auftrag gegeben. Der Schlussbericht wurde im Januar 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Postulat müsste daher zurückgezogen werden. Der Grund, warum dem Gemeinderat noch keine Vorlage mit konkreten Lösungsvorschlägen vorgelegt wurde, liegt an der Revision des kantonalen Gemeindegesetzes. Es müssen zuerst die neuen Gesetzesrevisionen abgewartet werden. In den nächsten Jahren ist aber definitiv mit Weisungen zu solchen Reformvorhaben zu rechnen. Dieser Weg ist einem erneuten Bericht vorzuziehen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Ich schliesse mich der Meinung von Christina Hug (Grüne) an. Ein Bericht existiert bereits und ist per Internet öffentlich zugänglich. Der Vorstoss mag zu seiner Zeit berechtigt gewesen sein, ist zum heutigen Zeitpunkt aber bereits erfüllt. Wir lehnen das Postulat ab.*

Isabel Garcia (GLP): *Ich stimme mit meinen Vorrednern überein. Es liegt bereits ein Bericht vor. Angesichts dieser Ausgangslage sollten keine neuen Arbeiten und Aufwände generiert werden. Diese hätten nur Vorschläge und Berichte zur Folge, welche zum Zeitpunkt der Publikation dann wiederum nicht mehr aktuell wären. Sobald die Entscheidungsgrundlagen vorliegen, werden wir uns dem Thema widmen und es im Gemeinderat diskutieren. Wir lehnen das Postulat deshalb ab.*

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Die CVP kann das Postulat nicht unterstützen. Das Postulat war inhaltlich vor zwei bis drei Jahren aktuell, doch zum heutigen Zeitpunkt liegt bereits ein öffentlich zugänglicher Bericht vor. Der Vorstoss hätte deshalb zurückgezogen werden müssen.*

Claudia Simon (FDP): *Vor zwei Jahren hätten wir das Postulat gerne unterstützt, heute jedoch ist es nicht mehr aktuell und hätte zurückgezogen werden müssen. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab.*

Das Postulat wird mit 21 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1922. 2009/272

**Postulat von Rolf Stucker (SVP) und Bruno Wohler (SVP) vom 17.06.2009:
Einflussnahme bezüglich Ansetzung von Hochrisikospiele im Letzigrund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Bürlimann (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4540/2009): Das Postulat verlangt eine Einflussnahme des Stadtrates auf die Verantwortlichen des Fussballverbandes im Hinblick auf die Saisonplanung. Betroffen sind insbesondere Hochrisikospiele im Letzigrund. Diese sollten nicht zeitgleich mit anderen Grossveranstaltungen stattfinden. Bei Grossveranstaltungen ist der Termin meistens weit im Voraus bekannt, so zum Beispiel beim Zürifäscht oder der Streetparade. An diesen Wochenenden ist die Polizei besonders gefordert. Deshalb sollten Hochrisikospiele im Fussball an anderen Wochenenden stattfinden, da es bei diesen Spielen einen grossen Einsatz von städtischen Angestellten der Bereiche Polizei, Gesundheit und Umwelt braucht. Bei gleichzeitiger Terminierung solcher Anlässe entstehen Defizite in der Sicherheit und Betreuung der Besucher beider Anlässe. Das Interesse an Sicherheit und Schutz von Unbeteiligten ist höher zu gewichten als Werbeeinnahmen von Fernsehstationen. Die SVP setzt sich für die Angestellten von Polizei, Schutz und Rettung ein und empfiehlt deshalb die Annahme des Postulats.

Alecs Recher (AL) begründet den am 1. Juli 2009 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat macht aus zwei Gründen keinen Sinn: Zum einen findet Fussball vor allem im Stadion statt. Grossanlässe werden an ganz anderen Orten in der Stadt durchgeführt, es gibt kaum örtliche Überschneidungen. Zum anderen spricht gegen das Postulat, dass der Stadtrat den Spielplan der Axpo Super League mitbestimmen soll. Der Stadtrat hat bereits jetzt viele Aufgaben. Möchte der Stadtrat diese Aufgabe dennoch übernehmen, kann er das tun, doch es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, ihn dazu zu verpflichten.

Weitere Wortmeldungen:

Marianne Aubert (SP): Die SP unterstützt den Antrag, verlangt jedoch eine Änderung im Text des Postulats. Die Worte "Saison 2009/2010" müssen angepasst werden. Das Postulat erwähnt nicht eine explizite Mitbestimmung des Stadtrates, sondern schlägt nur vor, dass der Stadtrat mitteilen können soll, wann Grossanlässe in Zürich stattfinden. Die zahlreichen Anlässe sind Belastung genug.

Michael Baumer (FDP): Auch die FDP wird das Postulat und die Textänderung unterstützen. Es gibt jedoch Zweifel, wie gut die Idee durchsetzbar sein wird gegenüber der Axpo Super League. Ich hoffe auf vernünftige Gespräche, die zu einem guten Pfad führen. Zu den Argumenten von Alecs Recher (AL): Es geht nicht darum, dass die Grossanlässe an einem anderen Ort durchgeführt werden als die Fussballspiele, sondern um die Kapazitäten der Polizei. Diese Anlässe sind sehr polizeiintensiv und können nicht gleichzeitig vollumfänglich abgedeckt werden. Es geht auch nicht darum, dem Stadtrat etwas aufzubürden. Ihm diese Aufgabe zu übertragen, ist sinnvoll. Wir unterstützen den Vorstoss.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Die Vorfälle anfangs Oktober haben deutlich das Ausmass des Problems gezeigt. Es ist absolut gerechtfertigt, dem Stadtrat diesen Auftrag zu geben. Es wird ein Gesamtpaket mit allen Beteiligten geschnürt. Wenn die Terminierung im Zusammenhang mit Grossanlässen hier präventiv wirken kann, ist das sehr sinnvoll. Wir unterstützen das Postulat.

Isabel Garcia (GLP): Auch die GLP wird dem Vorstoss und der Textänderung zustimmen. Die Anzahl der Veranstaltungen in Zürich nimmt stetig zu. Die persönliche und öffentliche Sicherheit muss erhalten werden. Deshalb ist eine effiziente Planung und Koordination notwendig. Für uns geht es vor allem darum, dass die öffentliche Infrastruktur und die an der Front tätigen Mitarbeitenden bereits im Normalbetrieb bereits am Anschlag sind. Finden Hochrisikospiele und Grossanlässe gleichzeitig statt, sind die Ressourcen übermässig belastet, lassen sich nicht mehr effizient und wirkungsvoll planen und führen zu den entsprechenden negativen Folgen für Mitarbeitende und Bevölkerung.

Martin Bürlimann (SVP): Wir nehmen den Textänderungsantrag an. Der Fussballverband ist gemäss unserem Eindruck zu wenig sensibilisiert auf lokale Grossanlässe. Die für die nächsten fünf Jahre bereits feststehenden Termine der Grossanlässe in Zürich sollten dem Fussballverband bekanntgegeben werden. Mit dem Postulat können gewisse Entwicklungen begünstigt werden. Wir danken Ihnen für die Unterstützung.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form er auf die Verantwortlichen des Schweizerischen Fussballverbandes im Hinblick auf den Spielplan für die neue Saison 2009/2010 bezüglich des Ansetzens von Hochrisikospielen im Letzigrund mit gleichzeitig-terminierten Grossanlässen in der Stadt Einfluss nehmen kann und will.

Das geänderte Postulat wird mit 108 gegen 6 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1923. 2009/304

**Postulat von Myriam Barzotto (SP) vom 01.07.2009:
Flächendeckendes Angebot einer Mittagsbetreuung in jeder Schuleinheit mit Oberstufe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4605/2009): Bei der Mittagsbetreuung im Bereich Oberstufe sollen niederschwellige Angebote geschaffen werden, die drei Vorteile mit sich bringen. Erstens: Durch die Schaffung von zusätzlichen Plätzen in einem Angebot für eine bestimmte Zielgruppe könnten dringend benötigte Plätze in herkömmlichen Horten frei werden. Zweitens: Es handelt sich um ein mit geringem Aufwand verbundenes Angebot, das aber trotzdem ganz spezifisch auf diese Zielgruppe der Oberstufenschülerinnen und -schüler zugeschnitten ist. Drittens: Die Angebote sind kostengünstig. Aus diesen Gründen sollte das Angebot auch an Standorten, wo es noch nicht in dieser Form ausgebaut ist, eingeführt werden. In den letzten Jahren wurde in diesem Bereich viel gearbeitet, doch bei den niederschweligen, kostengünstigen und zielgruppengerechten Angeboten könnten noch verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um weitere Plätze in den herkömmlichen Horten freizugeben.

Ruth Anhorn (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. August 2009 gestellten Ablehnungsantrag: Es gibt tatsächlich Quartiere mit einem Mangel an Hortplätzen. Doch ob es durch den Weggang von Schülerinnen und

Schülern zu einer Entlastung kommt, bleibt dahingestellt. Es gibt bestimmt auch Eltern, die den Hortplatz ihres Kindes weiterhin verteidigen und kein niederschwelliges Angebot in Kauf nehmen wollen. Niederschwellige Angebote von Mittagsbetreuung existieren zudem bereits durch Kirchgemeinden und Altersheime. Zur Entstehung solcher Angebote braucht es keinen Vorstoss. Daher lehnt die SVP das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): Die GLP hält den Vorstoss für einen gelungenen, unkomplizierten und praxisorientierten Vorschlag zur Verbesserung der Betreuungssituation für Oberstufenschüler über die Mittagszeit. Das gemeinsame Essen und das Übernehmen von Ämtern sowie der Austausch ausserhalb der Schule ist für die Sozialisierung der Jugendlichen wichtig und wirkt sich positiv aus. Dieser Vorteil wird durch Studien und Praxiseinblicke bestätigt. Viele Jugendliche können zudem über Mittag nicht auf eine private Betreuung zählen. Diese Jugendliche brauchen Alternativen. Eine solche Mittagsbetreuung ist auch ernährungstechnisch sinnvoll und unterstützenswert. Eine Zusammenarbeit zwischen Schulen und Privaten nützt ausserdem nicht nur den Schulen, sondern belebt ungenutzte Infrastrukturen und die Nachbarschaft und generiert vielleicht sogar einige Arbeitsstellen. Die GLP stimmt dem Postulat zu.

Claudia Simon (FDP): Grundsätzlich befürwortet die FDP die Mittagsbetreuung, auch für Jugendliche in der Oberstufe. In den letzten zwei Jahren wurde bereits viel erreicht und wir sind überzeugt, dass in diesem Bereich auch weiterhin gute Angebote entstehen werden. Die FDP hat jedoch einen Vorstoss zu durchgehenden Tagesstrukturen eingebracht, der vorschlägt, dass die Schule für alle bis 13:00 oder 13:30 dauern sollte mit anschliessendem freien Nachmittag. Diese Idee sollte vorangetrieben werden. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die EVP wird das Postulat aus ähnlichen Gründen wie die FDP ablehnen. Wir werden demnächst ein Postulat zur Förderung von Schülerclubs beziehungsweise ungebundenen Tagesschulen einreichen. Uns ist es wichtig, dass die ausserfamiliäre Kinderbetreuung freiwillig bleibt. Es gibt immer noch Eltern, die ihren Kindern zu Hause ein Mittagessen bieten wollen. Dies soll auch in Zukunft möglich sein. Beim vorliegenden Postulat ist zu wenig klar, was das niederschwellige Angebot genau beinhaltet. Zudem ist der Zeitpunkt nicht günstig. Es wird noch einige andere Diskussionen zu diesem Thema geben. Ich hoffe auf die gleichzeitige Besprechung der verschiedenen Vorstösse im Sinne einer vernünftigen Übersicht für eine fundierte Hortdiskussion. Es braucht neue Lösungen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Der Stadtrat nimmt das entgegen und möchte noch auf die aktuellen Zahlen 2011/2012 aufmerksam machen: Von den 28 Sekundarschulhäusern verfügt rund die Hälfte über niederschwellige Angebote. Die andere Hälfte hat reguläre Mittagshortangebote. Diese Entwicklung werden wir weiter vorantreiben.

Das Postulat wird mit 74 gegen 43 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1924. 2009/321

**Postulat von Christine Seidler (SP) und Heinz Jacobi (SP) vom 01.07.2009:
Kampagne zur vermehrten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln im Bereich
«Sportliche Aktivitäten und Veranstaltungen»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christine Seidler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4634/2009): In der Stadt Zürich finden zahlreiche Sportanlässe statt. Viele Teilnehmer benutzen das Auto, um zum Anlass zu gelangen, oder werden von ihren Eltern gefahren. Der Freizeitverkehr macht einen grossen Teil der Verkehrs- und Umweltbelastung aus, und besteht zu einem Drittel aus dem Sportverkehr. Das Mobilitätsverhalten der Gesellschaft zu ändern ist schwierig. Selbstverständlich ist es bequemer, nach dem Training im warmen Auto nach Hause zu fahren. Die Mobilität ist jedoch ein wichtiger Aspekt der 2000-Watt-Gesellschaft. Mit unserem Postulat möchten wir erreichen, dass der Sportverkehr auf den Umweltverbund umgelagert wird. Wir bitten Sie, das Postulat zu unterstützen.

Dr. Guido Bergmaier (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. August 2009 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat ist eine Kampagne gegen die Automobilisten. Es fehlt eine Definition des sogenannten Freizeitverkehrs und der Beweis, dass der Sport der grosse Umweltsünder sein soll. Zahlreiche Jugendliche bewegen sich zu Fuss und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Training oder Wettkampf. Oftmals können die Wettkampforte bei frühem Beginn oder spätem Ende nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden. Weiter sind die Kinder oft froh, wenn sie nach einem Spiel müde und – mangels Dusche – verschwitzt schnell wieder zu Hause sind. Ein Fussmarsch bei kaltem Regen zum Bahnhof, drei Mal umsteigen beim ausgedünnten Wochenendfahrplan - der Vorstoss ist einseitig und unfair. Zudem ist das Zielpublikum bereits informiert und handelt situationsbedingt und vernünftig nach dem Motto "So viel wie nötig". Wir lehnen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Thomas Monn (SVP): In diesem Postulat wird der öffentliche Verkehr mit einer un-differenzierten Statistik gegen den Individualverkehr ausgespielt. Das Benutzen des eigenen Autos zur Anreise an Sportanlässe hat vor allem praktische Gründe: Viele Sportplätze liegen am Stadtrand oder ausserhalb der Stadt und können am Abend oder am Wochenende mit dem Auto besser erreicht werden. Es ist unnötig, mit einer teuren Kampagne auf die Benutzung des öffentlichen Verkehrs aufmerksam zu machen. Es ist die persönliche Entscheidung jedes Sportlers, welches Verkehrsmittel er oder sie benutzen will. Eine entsprechende Kampagne würde kaum beachtet und wäre reine Geldverschwendung. Die SVP lehnt das Postulat ab.

Christian Traber (CVP): Die CVP stimmt dem Postulat zu. Die Sensibilisierung ist richtig und wichtig. Trotzdem möchten wir auch die Grenzen des Vorstosses aufzeigen: Die Stadt Zürich hat bereits eine solche Kampagne durchgeführt, in dieser Situation stellen Profisportler jedoch nicht die idealen Werbeträger dar. Zudem stellt für viele Kinder und Jugendliche besonders die Heimreise ein Problem dar, zum Beispiel wenn sie aufgrund weit entfernter Wettkampforte nicht mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause fahren können. Dasselbe gilt für die Stadt Zürich, wo oft lange Fahrzeiten existieren.

Michael Baumer (FDP): Eine wie in diesem Postulat geforderte Kampagne wird nur Kosten verursachen, keinen Nutzen. Wir lehnen das Postulat ab.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP befürwortet die Idee grundsätzlich. Es ist ein gut gemeintes Anliegen. Allerdings wird eine solche Kampagne ausser viel PR-Aufwand nicht viel Nutzen bringen. Die Informationen zum ÖV-Angebot sind heute für alle gut zugänglich und es wird auch bereits genügend Werbung gemacht. Aus unserer Sicht braucht es keine zusätzlichen Anstrengungen von Seiten der Stadt. Die GLP lehnt den Vorstoss daher ab.

Das Postulat wird mit 61 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1925. 2009/467

Motion von Dr. Esther Straub (SP) und Christine Stokar Gasser (SP) vom 21.10.2009:

Klassenmusizieren, Ausdehnung auf sämtliche Schulkreise

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Esther Straub (SP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4975/2009): In Deutschland und Österreich wird das Klassenmusizieren schon seit 20 Jahren praktiziert und von allerhöchster Ebene gefördert. Auch bei uns existiert seit einigen Jahren diese Form von Instrumentalunterricht im Klassenverband. Die Klassenlehrpersonen werden dabei von Musiklehrpersonen unterstützt. Musizieren in der Gruppe macht Freude, motiviert und weckt den Enthusiasmus. Der Lernwille und das Lernpotenzial werden gefördert, das Selbstwertgefühl und Verantwortungsbewusstsein gesteigert. Benachteiligte Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten erhalten Zugang zum Instrumentalunterricht und Ensemblespiel. Die musikalischen Fähigkeiten wirken sich positiv auf Persönlichkeit und Gemeinschaftsbildung aus. Wissenschaftliche Studien belegen, dass die soziale Kompetenz durch gemeinsames Musizieren gefördert wird. In Zürich wurde vor vier Jahren im Schulhaus Birch ein Pilotprojekt gestartet, das auf die Schulkreise Letzi und Limmattal ausgedehnt wurde. Unser Ziel ist die Ausdehnung und Etablierung des Klassenmusizierens in allen Schulkreisen. Wir fordern keine sofortige, flächendeckende Versorgung. Zahlreiche Kinder würden vom Klassenmusizieren sozial profitieren. Beschaffungskosten fallen nur einmalig an und es gibt Möglichkeiten von Sponsoring. Die Investition lohnt sich mit Sicherheit. Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Grundsätzlich befürworte ich das Klassenmusizieren sehr. Die Motion ist allerdings im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Ausdehnung zu verbindlich. Wir bevorzugen eine schrittweise Ausbauplanung des Klassenmusizierens. Drei Faktoren bestimmen das Ausbautempo: Die Kosten für die Instrumente, die Verfügbarkeit und Anzahl der Musiklehrpersonen, die Unterstützung der Klassenlehrpersonen. Wir möchten vor allem in denjenigen Schulkreisen ansetzen, in denen die sozialen Verhältnisse etwas schwieriger sind. Ich empfehle im Namen des Stadtrates, das Anliegen zu unterstützen, allerdings in Form eines Postulats.

Weitere Wortmeldungen:

Ruth Anhorn (SVP): Es ist auch eine Kostenfrage. Im Budget 2012 werden im Musikschulbereich bereits sehr hohe Beträge beantragt. Das Klassenmusizieren soll vor allem in sozio-ökonomisch benachteiligten Schulkreisen eingeführt werden. Die Klassenlehrpersonen haben jedoch schon genügend andere Aufgaben und die Belastung wird immer grösser. Wie reagieren Eltern, die für den Instrumentalunterricht ihrer Kinder viel Geld bezahlen? Solche Kinder haben die Möglichkeit, in einem Ensemble zu spielen. In der ersten und zweiten Klasse können die Kinder bereits im Rahmen der Musikalischen Elementarerbziehung (MEZ) Instrumente kennenlernen. Über die Jahre sinkt das Interesse, ein Instrument zu erlernen. Die Stadt soll nach der MEZ nicht auch noch das Klassenmusizieren finanzieren müssen. Die Kosten bei der Einführung in allen Schulkreisen sind bei der heutigen Finanzlage nicht zu verantworten. Die SVP lehnt die Motion ab.

Karin Weyermann (CVP): Klassenmusizieren erleichtert den Erstkontakt zum Musizieren, fördert den Zugang zum Musikischen und ist ein Ausgleich zum kopflastigen Schulunterricht. Das Gemeinschaftsgefühl und die gegenseitige Rücksichtnahme wird gefördert. An Jugendmusikschulen bestehende Bands und Ensembles richten sich nur an jene, die bereits ein Instrument spielen. Beim Klassenmusizieren beginnen alle bei Null. Oft steigen Schülerinnen und Schüler aus dem Instrumentalunterricht aus, weil Einzelunterricht weniger Spass macht als Gruppenmusizieren. Das Gemeinschaftsgefühl im Klassenmusizieren ermuntert zum Üben und fördert die Sozialkompetenz. Die CVP sieht jedoch auch die Kosten- und Raumproblematik. Oft sind die Instrumente nicht sofort verfügbar, sondern müssen zuerst revidiert werden. Aus diesen Gründen lehnt die CVP die Motion ab, befürwortet aber die Umwandlung in ein Postulat.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): In Zürich existiert seit Jahren ein vielfältiges Angebot im Bereich Musikunterricht: Musikalische Früherziehung, kostenlose MEZ und erfolgreiche Musikschulen. Das Klassenmusizieren findet bereits in der ersten und zweiten Klasse der Primarschule statt. In dieser Phase können Kinder ein Instrument ausprobieren. Ab der dritten Klasse besuchen die Kinder mit ihrem Instrument dann Einzel- oder Gruppenunterricht. Im Sport können die Kinder den Bereich wählen, der ihnen am besten gefällt. Dieses Prinzip sollte auch im Musikunterricht gelten. Der Stundenplan in der Volksschule ist bereits überladen. Die Ausgestaltung der musischen Förderung sollte den Lehrkräften und Schulhäusern selbst überlassen werden. Wir lehnen die Motion ab.

Gabriele Kisker (Grüne): In der Motion ist nicht von einer sofortigen Umsetzung, sondern von einer Ausdehnung die Rede. Es ist demnach genügend Zeit vorhanden, um die notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen. Es geht auch darum, dass ein Projekt, das eine gute Sache fördert, umgesetzt wird. Deshalb unterstützen wir die Motion.

Isabel Garcia (GLP): Das Projekt ist sinnvoll und grundsätzlich eine gute Idee. Die GLP wird jedoch aus finanziellen Erwägungen sowohl die Motion als auch das Postulat ablehnen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die EVP wird die Motion unterstützen. Wir haben bereits erfolgreich die MEZ obligatorisch und entsprechend unentgeltlich gemacht. Auch das Klassenmusizieren ist ein gutes Projekt. Ich bezweifle, dass daraus tatsächlich so hohe Kosten entstehen, wie in den vorhergehenden Voten suggeriert wurde. Klassenlehrpersonen sollen weiterhin freiwillig über das Klassenmusizieren entscheiden können. Die Motion widerspricht dem nicht.

Dr. Esther Straub (SP): In vielen Voten wurde das Klassenmusizieren als geniale Idee gelobt und die Kosten als Hindernis dargestellt. Eine gute Idee darf jedoch auch etwas

kosten. Das Klassenmusizieren ist im Übrigen kein zusätzliches Angebot, sondern wird im Rahmen des bereits existierenden Musikunterrichts durchgeführt. Das Projekt funktioniert gut und erzielt überall nur positive Ergebnisse.

Dr. Esther Straub (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 62 gegen 56 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1926. 2011/410

Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.11.2011: Zuweisung der budgetierten, nicht ausgeschöpften Gelder für Prämien an die Mitarbeitenden der Dienstabteilungen des GUD und des TED

Von Walter Angst (AL) ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, die vom Gemeinderat mit den Zusatzkrediten 2/11 bewilligten 1'000'000 Franken prioritär den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dienstabteilungen des GUD (Stadtspitäler und Altersheime) und TED (ERZ) zukommen zu lassen, denen die den Dienstabteilungen im Jahr 2010 bereitgestellten Naturalprämien grossmehrheitlich nicht ausbezahlt worden sind.

Begründung:

In den Jahren 2008 bis 2010 standen aufgrund der Beschlüsse des Gemeinderats den Departementen und Dienstabteilungen grössere Summen für individuelle Prämien zur Verfügung. Schon 2009 stellte HR Stadt Zürich in einem Schreiben an die Departemente und Dienstabteilungen fest, dass 2008 von den budgetierten Mitteln für Geld- und Naturalprämien nur 54 Prozent ausgeschöpft worden sind und es grosse Unterschiede unter den einzelnen Dienstabteilungen gebe. Weiter heisst es in diesem Schreiben: Wir laden Sie dazu ein, das Instrument der Prämienausrichtung in diesem und im nächsten Jahr besser zu nutzen.

Die RPK hat im Bericht zur Rechnung 2010 festgestellt, dass der Appell von HRZ auch 2009 und 2010 in den einzelnen Departementen und Dienstabteilungen sehr unterschiedlich umgesetzt worden ist. Insbesondere die Stadtspitäler haben die Möglichkeit von Geld- und Naturalprämien kaum genutzt. Die Verweigerung der Umsetzung der lohnpolitischen Vorgaben haben zu einer stossenden Diskriminierung von vorwiegend weiblichem Personal geführt.

Dieses Fehlverhalten ist zu korrigieren.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 9. November 2011, 17.00 Uhr.